

Arbeitsmarktpolitik



Die Grünen fordern eine Erhöhung des Mindestlohns sowie der Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse, um die soziale Absicherung von Arbeitnehmer*innen zu stärken. Zudem ist eine bessere Abstimmung und Verzahnung der verschiedenen Sozialleistungen vorgesehen, um deren Wirksamkeit zu erhöhen. Die Grünen setzen sich darüber hinaus für eine Erleichterung des Zugangs zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ein, um diese besser gegen Einkommensausfälle abzusichern.

Um Erwerbstätige zu entlasten fordern die Grünen eine Anhebung der Arbeitnehmer*innen Pauschalbeträge in der Einkommenssteuererklärung auf 1.500€.



Wir unterstützen die Forderungen grundsätzlich, in der Umsetzung sollte jedoch genau darauf geachtet werden, dass eine bessere Verzahnung der Sozialleistungen nicht gleichzeitig zum Abbau dieser führt.



Das BSW fordert eine Anhebung des Mindestlohns auf 15,00 €, eine höhere Tarifquote sowie eine stärkere Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten und Pflegezeiten in der Arbeitslosenversicherung.



Wir unterstützen die Forderungen nach Mindestlohnerhöhungen und höheren Tarifquoten, allerdings müssen Fördermittel für freie Träger an diese Tarife angepasst werden, um reale Umsetzbarkeit zu gewährleisten. Eine Anrechnung von Care Arbeitszeiten auf die Arbeitslosenversicherung ist lange überfällig.



Die CDU kritisiert das Bürgergeld als leistungshemmend und plant, es durch eine "Neue Grundsicherung" zu ersetzen, die das Prinzip "Fördern und Fordern" betont. Menschen, die arbeiten können, sollen dazu verpflichtet werden, um nicht auf Kosten der Gemeinschaft zu leben. Zudem soll die Arbeitsvermittlung modernisiert werden, um sie zukunftsfähig zu gestalten.



Der DBSH lehnt eine Verschärfung der Kontrollmechanismen und Sanktionen ab. Solche Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Prinzipien der Menschenwürde und Partizipation. Studien zeigen, dass Zwang kontraproduktiv ist und die Betroffenen eher demotiviert. Der DBSH plädiert für ein System, das Unterstützung bietet und die Selbstbestimmung der Menschen respektiert, anstatt sie durch verstärkte Kontrollen und Sanktionen zu belasten.



Die Linke setzt sich in ihrem Wahlprogramm für eine umfassende Reform der Arbeitsmarktpolitik ein. Zentrale Forderungen sind die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1.400 Euro, der barrierefreie Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen und eine gerechte Arbeitslosenversicherung, die auch Selbstständige einbezieht.



Die Vorschläge der Linken stärken die Autonomie der Betroffenen und fördern soziale Gerechtigkeit. Der Fokus auf barrierefreiem Zugang zum Arbeitsmarkt stärkt Inklusion und Chancengleichheit. Die Einbeziehung von Selbstständigen in die Arbeitslosenversicherung ist ein wichtiger Schritt, um soziale Sicherungssysteme an die vielfältigen Erwerbsbiografien anzupassen. Allerdings bleibt offen, wie die praktische Umsetzung dieser Maßnahmen gestaltet werden soll und welche finanziellen Ressourcen dafür bereitgestellt werden.



Die FDP legt besonderen Wert auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie strebt eine Reform des Arbeitszeitgesetzes an, die es ermöglicht, wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeiten festzulegen, um Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebenden mehr Gestaltungsfreiheit zu bieten. Zudem plant die FDP, Selbstständige durch eine Reform der Beiträge zur Krankenversicherung zu entlasten, um deren finanzielle Belastung zu reduzieren. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Einführung von Maßnahmen gegen "Missbrauch im Sozialstaat", einschließlich einer strengeren Kontrolle der Transferempfänger*innen, um die "Integrität des Sozialsystems" zu gewährleisten.



Sollten Arbeitnehmende die Kontrolle über die Flexibilisierung der Arbeitszeit haben, könnte dies ein positiver Beitrag zur Entlastung von Arbeitnehmenden sein und der Vereinbarkeit von Care Arbeit und Beruf. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten ohne ausreichenden Schutz der Arbeitnehmerrechte kann zu erhöhtem Druck und gesundheitlichen Belastungen führen, insbesondere für vulnerable Gruppen. Der DBSH plädiert daher für eine ausgewogene Balance zwischen Flexibilität und Schutzmechanismen, um die sozialen und gesundheitlichen Belange der Arbeitnehmer zu wahren.

Eine Verschärfung der Kontrollmechanismen lehnen wir ab - siehe dazu die Einordnung bei der CDU.



Die SPD setzt auf die Förderung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen durch einen entfristeten sozialen Arbeitsmarkt. Dies soll mehr Menschen eine sozialversicherte Beschäftigung ermöglichen. Darüber hinaus will die SPD den Gender Pay Gap vollständig abschaffen.



Der Fokus auf „Fördern statt Fordern“ ist positiv zu bewerten. Die stärkere Integration von Menschen mit Behinderungen in den regulären Arbeitsmarkt unterstützen wir.

Kinder- und Jugendpolitik



Die Grünen setzen sich für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen ein. Sie möchten zudem die Jugendhilfe ausbauen und mehr Mittel für Schulsozialarbeit bereitstellen. Auch die Förderung der psychischen Gesundheit durch Mental Health Coaches an Schulen soll ausgebaut werden. Als konkrete Maßnahmen wird ein Sonderprogramm zur finanziellen Unterstützung von Kommunen für den Aufbau von Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit genannt ebenso wie eine Aufstockung der Mittel des Kinder- und Jugendplans und der frühen Hilfen. Für Care Leaver*innen möchten die Grünen eine gezieltere Unterstützung und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung fördern. Migrantische Jugendverbände möchten die Grünen gezielt fördern und damit faire Chancen für alle jungen Menschen, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus gewährleisten.



Die Grünen berücksichtigen in ihrem Wahlprogramm wichtige Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe und erkennen die Notwendigkeit an, diese mit besserer Finanzierung zu auszustatten, dies fordern wir bereits seit Jahren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern einen Auf- und Ausbau entsprechender Stellen in der Sozialen Arbeit, was in der Finanzierung mitgedacht werden muss.



Das BSW setzt sich für verpflichtende Deutschtests für Kinder ab drei Jahren und eine Kitapflicht bei Sprachdefiziten ein. Zudem sollen Kita-Beiträge gesenkt und mittelfristig abgeschafft werden.

Das BSW plant ein Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“, um eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur auszubauen. Gezielte Maßnahmen sollen einen niedrigschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Freizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten und Musikschulen ermöglichen. Zudem soll der Bund für alle Kinder das erste Jahr im Sportverein mit bis zu 150 € finanzieren.



Verpflichtende Deutschtests für Kinder ab 3 Jahren lehnen wir entschieden ab, diese Maßnahme fördert Stigmatisierung und Diskriminierung jener Kinder, die den entsprechenden Test nicht bestehen. Die Senkung von Kita Beiträgen ist grundsätzlich begrüßenswert damit Kitas für alle gleich zugänglich sind, jedoch bleibt die Frage der Finanzierung hier offen. Auf Bereiche außerhalb der Freizeit in der Kinder- und Jugendhilfe wird nicht eingegangen.



Die CDU möchte die Elternrechte stärken und den Kinder- und Jugendschutz verbessern. Konkrete Maßnahmen werden nicht genannt, außer der Änderung des Selbstbestimmungsgesetzes. Besonders kritisch sieht sie die Regelung, dass Jugendliche ab 14 Jahren mit Zustimmung der Eltern ihren Geschlechtseintrag ändern können. Die CDU fordert eine Rückkehr zu strengeren Vorschriften, um potenzielle Risiken zu minimieren und den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.



Der DBSH lehnt die geplanten Änderungen am Selbstbestimmungsgesetz entschieden ab. Eine Rückkehr zu restriktiveren Regelungen würde die Rechte von trans*, nicht-binären und intergeschlechtlichen Menschen massiv einschränken und sie erneut unnötigen bürokratischen und medizinischen Hürden aussetzen. Besonders die Einschränkung für Jugendliche widerspricht dem Recht auf Selbstbestimmung und kann erhebliche psychische Belastungen verursachen. Der DBSH setzt sich für den uneingeschränkten Zugang zu geschlechtlicher Selbstbestimmung ein und warnt davor, die Rechte marginalisierter Gruppen aus vermeintlichen Sicherheitsgründen zu beschneiden.

In Bezug auf die Verbesserung von Kinder- und Jugendschutz sind konkrete Maßnahmen gefordert, keine reinen Lippenbekenntnisse ohne Ideen.



Zentrale Vorschläge umfassen die Einführung einer Kindergrundsicherung von bis zu 1.400 Euro, einschließlich Unterkunftskosten, um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Zudem strebt die Partei einen niedrigschwelligen Zugang zu Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen und Bibliotheken an, um allen Kindern und Jugendlichen kulturelle und bildungsrelevante Teilhabe zu ermöglichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau von Ganztagsbetreuung und der Einführung flexibler Kitazeiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und individuelle Bedürfnisse besser abzudecken.



Die geplante Kindergrundsicherung kann einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung von Kinderarmut leisten. Der erleichterte Zugang zu kulturellen und bildungsrelevanten Angeboten stärkt die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen und unterstützt ihre ganzheitliche Entwicklung. Der Ausbau von Ganztagsbetreuung und flexiblen Kitazeiten trägt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei und berücksichtigt die vielfältigen Lebensrealitäten von Familien. Der DBSH sieht in diesen Maßnahmen wichtige Schritte zur Förderung des Kindeswohls und zur Unterstützung von Familien.

Kinder- und Jugendpolitik



Die FDP legt einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der frühkindlichen Bildung. Sie strebt bundesweite Qualitätsstandards für Kindertagesstätten an, die unter anderem einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel und den Einsatz multiprofessioneller Teams umfassen.

Zudem plant die FDP eine modularisierte und vergütete Ausbildung für pädagogische Fachkräfte, um den Beruf attraktiver zu gestalten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung digitaler Bildung durch den Einsatz von KI-gestützten Lernmethoden, um individuelle Lernprozesse zu unterstützen und die Digitalisierung im Bildungswesen voranzutreiben.



Die SPD will Frühe Hilfen für Familien bis zum Ende der Grundschulzeit ausbauen und die Trennung von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen überwinden. Die soziale Infrastruktur soll durch flächendeckend gute Kitas, Ganztagsangebote und ein kostenloses Mittagessen verbessert werden.



Die FDP adressiert mit ihren Vorschlägen wichtige Aspekte der frühkindlichen Bildung und der Digitalisierung im Bildungswesen. Die Einführung bundesweiter Kita-Standards und die Verbesserung der Ausbildung für pädagogische Fachkräfte sind Schritte in die richtige Richtung. Allerdings vermisst der DBSH konkrete Maßnahmen, die auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in besonderen Lebenslagen abzielen, wie beispielsweise solche aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund. Eine umfassende Kinder- und Jugendpolitik sollte auch diese Gruppen berücksichtigen, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Der DBSH sieht den Fokus auf finanzielle Entlastung als positiv an, merkt jedoch an, dass der Bereich der Jugendhilfe stärker berücksichtigt werden sollte.



Die genannten Maßnahmen unterstützen wir. Es wird sich sehr auf Kita und Grundschule fokussiert. Andere Aspekte der Kinder- und Jugendpolitik werden nicht berücksichtigt. Aspekte der Jugendhilfe werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Prävention vor (sexualisierter) Gewalt



Die Grünen setzen auf ein umfassendes Konzept zur Prävention von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Sie fordern einheitliche Kinderschutzstandards und eine bessere Finanzierung von Beratungsstellen. Zusätzlich fordern die Grünen eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des "sexuellen Kindesmissbrauchs", Strafverfolgung durch die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Lösungen von sexualisierter Gewalt Darstellungen sowie Präventionsangeboten in Schulen, Jugendhilfe und Familie.



Der Fokus der Grünen liegt auf Gewaltprävention und Schutz bei Kindern und Jugendlichen, die geforderten Maßnahmen sind aus unserer Perspektive unterstützenswert, jedoch werden andere Aspekte der Gewaltprävention wie z.B. sexualisierte Gewalt und Frauenhäuser vernachlässigt.



Das BSW fordert den Ausbau des Gewaltschutzes und entsprechender Hilfesysteme. Der Bund soll eine sichere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern gewährleisten.

In diesem Kontext erwähnt das BSW jedoch ebenfalls "Frauenrechte statt Genderideologie". Das Selbstbestimmungsgesetz wird grundsätzlich abgelehnt, da es "Schutzrechte für Frauen aushöhlt". (S.26)



Der DBSH verurteilt die Haltung des BSW zu Geschlechtsidentitäten entschieden. Die Ablehnung des Selbstbestimmungsgesetzes (bei aller berechtigten Kritik des Gesetzes) und die Rhetorik von „Frauenrechte statt Genderideologie“ machen deutlich, dass die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen in der Gewaltprävention nicht für alle Betroffenen gleichermaßen gelten. Damit schließt das BSW bestimmte Gruppen, insbesondere trans*, nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen, gezielt von dringend benötigtem Schutz und Unterstützung aus.



Die CDU setzt auf eine Verschärfung des Strafrechts, um Betroffene besser zu schützen. Gerichtsverfahren sollen beschleunigt werden, damit Strafen schneller erfolgen. Zudem plant die CDU den verstärkten Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsschwerpunkten, härtere Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte und eine bessere Ausstattung der Polizei. Zur Bekämpfung von Straftaten im Internet sollen Anbieter verpflichtet werden, IP-Adressen temporär zu speichern. Außerdem will die CDU das Cannabis-Gesetz abschaffen, da sie darin eine Gefahr für Kinder und Jugendliche sowie einen Zusammenhang mit Kriminalität sieht. Extremismus jeglicher Art soll konsequent bekämpft und der Zivil- und Katastrophenschutz durch einen Pakt für den Bevölkerungsschutz gestärkt werden.



Der starke Fokus der CDU auf repressive Maßnahmen ist scharf zu kritisieren. Prävention erfordert nicht nur härtere Strafen und Überwachung, sondern vor allem den Ausbau sozialer und pädagogischer Unterstützungsangebote, was hier keine Benennung findet. Der DBSH sieht einen Mangel an strukturellen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbesondere durch Bildung, Soziale Arbeit und niedrigschwellige Hilfsangebote. Ein umfassender Ansatz sollte soziale Ursachen von Gewalt stärker adressieren, anstatt vorwiegend auf Strafverschärfungen und Polizeipräsenz zu setzen.



Die Linke strebt die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz an, einschließlich des expliziten Rechts auf Schutz vor Gewalt. Zudem plant sie, frühzeitige Bildungsangebote in Kitas und Schulen zu fördern, um Gewaltprävention zu stärken und Kinder bereits in jungen Jahren für dieses Thema zu sensibilisieren.



Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und die Betonung des Schutzes vor Gewalt entsprechen langjährigen Forderungen des Verbandes. Die Förderung frühzeitiger Bildungsangebote zur Gewaltprävention in Kitas und Schulen ist ein präventiver Ansatz, der die Sensibilisierung und Aufklärung von Kindern unterstützt. Ergänzend dazu sollte auch die Unterstützung von Fachkräften in der Praxis berücksichtigt werden, um eine umfassende Präventionsarbeit sicherzustellen.



Die FDP fordert, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht finanzieren und eine bundesweite Online-Plattform einrichten, die verfügbare Plätze in Echtzeit anzeigt.



Die grundsätzliche Initiative zur besseren Finanzierung und Transparenz von Frauenhausplätzen ist positiv zu bewerten. Zu kritisieren ist jedoch, dass die FDP den Bund hier aus der Verantwortung nimmt. Falls der Bund dies nicht tut, stellt sich die Frage, wie Länder und Kommunen angesichts angespannter Haushaltslagen die erforderlichen Mittel aufbringen sollen.



Die SPD plant eine stärkere Orientierung des Familienrechts an den Kinderrechten, bessere Schutzkonzepte für Einrichtungen sowie einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutzunterkünfte für Betroffene häuslicher Gewalt. Auch digitale Gewalt soll stärker bekämpft werden.



Die Ansätze sind sinnvoll, um Kinderrechte zu stärken und Schutzstrukturen auszubauen, fraglich ist wieso die SPD an dieser Stelle nicht Kinderrechte in das Grundgesetz fordert. Es bleibt unklar, wie der Bedarf an Fachkräften für die Umsetzung der genannten Vorhaben gedeckt werden soll ebenso wie die Finanzierung.

Wohnungspolitik



Die Grünen setzen sich für eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit ein. Dazu gehört die Verlängerung der Mietpreisbremse, der Ausbau sozialer Wohnprojekte sowie die Umsetzung des „Housing First“-Ansatzes. Es wird außerdem ein besserer Schutz von Mieter*innen gefordert insbesondere bei dem Missbrauch von Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden. Für Studierende und Auszubildende wird mehr bezahlbarer Wohnraum gefordert und das Programm „Junges Wohnen“ soll weiter gefördert werden.



Positiv zu bewerten ist, dass das Thema Wohnen mehrdimensional in den Blick genommen wird. Ob die Mietpreisbremse eine entscheidende Stellschraube ist, ist jedoch fraglich. Bei dem Ausbau sozialer Wohnprojekte muss die Finanzierung angemessener Begleitmaßnahmen durch Soziale Arbeit mitbedacht und finanziert werden um Nachhaltigkeit zu erreichen.



Die Linke plant einen Mietendeckel und jährliche Investitionen von 20 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Der „Housing First“-Ansatz soll Obdachlosen ohne Vorbedingungen direkten Zugang zu Wohnraum ermöglichen. Zudem fordert die Partei eine stärkere Regulierung von Leerständen und die Förderung gemeinnützigen Wohnraums. Statt einer Ausgrenzung obdachloser und suchtabhängiger Menschen aus Innenstädten sollen bessere Hilfsangebote und die Stärkung der Sozialarbeit im Fokus stehen.



Der DBSH unterstützt die Maßnahmen, da sie soziale Gerechtigkeit fördern und bezahlbaren Wohnraum sichern. „Housing First“ ist ein bewährter Ansatz, der stabile Lebensbedingungen für obdachlose Menschen schafft. Die Regulierung von Leerständen ist sinnvoll, sollte aber transparent gestaltet werden. Entscheidend ist zudem eine ausreichende Unterstützung und Finanzierung von Sozialarbeitenden, um die Maßnahmen wirkungsvoll umzusetzen.



Das BSW fordert eine Infrastruktur-Garantie für bezahlbares Wohnen sowie die Entschuldung der Kommunen zur Förderung von Wohnprojekten. Zudem soll Wohnraum stärker am Gemeinwohl orientiert werden.



Die grundsätzliche Idee, Wohnen bezahlbar zu machen sowie die Kommunen zu entschulden um Wohnbauprojekte fördern zu können ist sinnvoll. Es fehlen konkrete Ideen zur Umsetzung und Finanzierung dieser Vorschläge.



Die FDP strebt eine Reform des Mietrechts an, um den Wohnungsbau zu fördern. Sie setzt dabei auf weniger Regulierungen und die Stärkung von Marktmechanismen zur Beschaffung von Wohnraum. Der soziale Wohnungsbau wird in ihrem Konzept nicht explizit gefördert.



Der DBSH sieht die Fokussierung der FDP auf Marktmechanismen kritisch, da der soziale Wohnungsbau nicht explizit gefördert wird. Dies steht im Widerspruch zu den Forderungen der Sozialen Arbeit nach bezahlbarem Wohnraum für alle Gesellschaftsschichten. Ohne gezielte Maßnahmen zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus werden vulnerable Gruppen weiter benachteiligt. Ebenso fehlen gezielte Maßnahmen zur Unterstützung wohnungsloser Menschen.



Die CDU setzt auf den Neubau von Wohnungen und steuerliche Anreize für Investoren, äußert sich jedoch nicht explizit zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit



Die SPD setzt auf eine unbefristete Mietpreisbremse, den Stopp von Mietwucher und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Der Bund soll mit einer eigenen Wohnungsgesellschaft aktiv werden.



Der DBSH sieht hier eine Lücke in der sozialpolitischen Verantwortung und fordert gezielte Maßnahmen zur Unterstützung wohnungsloser Menschen.



Die Maßnahmen sind positiv für den sozialen Wohnungsmarkts, wobei die Wirksamkeit der Mietpreisbremse fraglich bleibt. Es fehlt eine Strategie zur Bekämpfung bestehender Obdachlosigkeit und weitere Unterstützungsmaßnahmen für wohnungslose Menschen.

Sozialpolitik und Armutsbekämpfung



Die Grünen setzen auf eine Vereinfachung und bessere Zugänglichkeit von Sozialleistungen. Zudem sollen Familien über ihre Ansprüche besser informiert und unterstützt werden. Neben finanziellen Maßnahmen fordern sie auch eine verstärkte Unterstützung für soziale Projekte, die benachteiligte Gruppen fördern. Neben der Modernisierung der Verwaltung fordern sie eine Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder.



Der Ansatz ist positiv zu bewerten, betonen möchten wir aber die Notwendigkeit zusätzlicher Beratungsangebote und die nachhaltige Sicherstellung sozialer Dienstleistungen. In diesem Themenbereich werden bei den Grünen v.a. Familien und Kinder in den Blick genommen, was andere Problematiken außen vor lässt.



Das BSW fordert eine umfassende Reform der Sozialpolitik. Dazu gehört eine Mindestrente von 1.500 Euro sowie eine Rentenversicherung nach österreichischem Vorbild, in die auch Politiker einzahlen müssen. Das Sozialleistungssystem soll entbürokratisiert und der Zugang erleichtert werden. Das Bürgergeld will das BSW durch eine „leistungsstarke und leistungsgerechte“ Arbeitslosenversicherung ersetzen.



Der DBSH begrüßt Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Sozialleistungssystems und die Verbesserung des Zugangs zu sozialen Sicherungssystemen. Auch die Einführung einer Mindestrente kann ein wichtiger Schritt zur Armutsvermeidung im Alter sein. Kritisch sieht der DBSH jedoch den geplanten Ersatz des Bürgergeldes durch eine „leistungsstarke und leistungsgerechte“ Arbeitslosenversicherung, da dies auf eine stärkere Kopplung von Sozialleistungen an vorherige Erwerbsarbeit hindeutet. Dies benachteiligt Menschen in prekären Beschäftigungen, Langzeitarbeitslose oder Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien. Soziale Sicherungssysteme müssen existenzsichernd, inklusiv und für alle zugänglich sein – unabhängig von Erwerbsverläufen.



Die CDU/CSU setzt zur Bekämpfung von Armut auf eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, steuerliche Entlastungen, familienpolitische Maßnahmen und eine Rentenreform. Kernpunkt ist die Abschaffung des Bürgergeldes zugunsten einer neuen Grundsicherung mit schärferen Sanktionen für Arbeitsverweigerung. Steuererleichterungen sollen vor allem mittlere Einkommen entlasten, während der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden soll. Zudem sind der Ausbau von Betreuungsangeboten und flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Unterstützung von Familien geplant. In der Rentenpolitik setzt die CDU auf eine „Aktiv-Rente“, die steuerfreies Hinzuverdiene im Alter erleichtert, sowie eine „Frühstart-Rente“ mit staatlicher Förderung privater Altersvorsorge.



Aus Sicht des DBSH sind insbesondere die Abschaffung des Bürgergeldes und verschärfte Sanktionen problematisch, da sie soziale Ausgrenzung verstärken. Steuerliche Entlastungen könnten zwar helfen, sind jedoch keine nachhaltige Strategie gegen Armut. Der geplante Ausbau von Betreuungsangeboten ist positiv, doch bleibt unklar, ob ausreichende Mittel dafür bereitgestellt werden. Die Rentenreform benachteiligt körperlich und psychisch belastende Berufe und setzt zu stark auf private Vorsorge. Insgesamt fehlen langfristige Maßnahmen zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme und zur Vermeidung von Armut.



Die Linke setzt sich für eine solidarische Mindestsicherung ohne Sanktionen sowie eine Mindestrente von 1.400 Euro ein. Zudem sollen Sozialleistungen bedarfsgerecht und unkompliziert zugänglich gemacht werden.



Wir unterstützen die Vorschläge, da sie zur Verringerung von Armut beitragen und die soziale Absicherung stärken. Sie verbessern die Lebensqualität vulnerabler Gruppen und fördern soziale Gerechtigkeit. Allerdings bestehen Bedenken hinsichtlich der Finanzierung dieser Maßnahmen, die einer näheren Betrachtung bedarf.



Reform des Bürgergeldes mit dem Ziel, die Eigeninitiative der Leistungsbeziehenden zu stärken. Dies beinhaltet eine Betonung von Aktivierungsmaßnahmen und die Wiedereinführung strengerer Sanktionen bei fehlender Mitwirkung. Zudem erwägt die FDP die Einführung einer negativen Einkommensteuer, um den Sozialstaat zu vereinfachen und Erwerbsanreize zu erhöhen. Ein weiteres Anliegen ist die Implementierung von Maßnahmen gegen „Missbrauch im Sozialstaat“, einschließlich einer strengeren Kontrolle der Transferempfänger*innen.



Zur Haltung des DBSH zu Verschärfungen beim Bürgergeld, siehe „Arbeitsmarktpolitik“. Die Idee einer negativen Einkommensteuer könnte zwar bürokratische Hürden abbauen, greift jedoch zu kurz, da sie die komplexen Lebenslagen der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt.



Die SPD strebt eine Stärkung der Tarifbindung und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit an. Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut umfassen eine Kombination aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld, um den Bezug von Bürgergeld zu vermeiden.



Grundsätzlich positiv zu bewerten, da soziale Absicherung gestärkt wird. Die Maßnahmen für Kinderarmut sind begrüßenswert, jedoch fehlen tiefgehende Strategien zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit.

Wirtschaft in Bezug auf Soziale Arbeit



Die Grünen setzen sich für eine stärkere Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen ein. Sie betonen, dass wirtschaftlicher Erfolg auch soziale Nachhaltigkeit mit einschließen muss. Die nationale Strategie für Soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen soll fortgeführt werden. Die Wohlstandsmessung soll ausgebaut werden und auch soziale Faktoren verstärkt Berücksichtigung finden.



Die Linke betont die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und möchte erhebliche öffentliche Investitionen. Zudem strebt sie die Abschaffung der Schuldenbremse an, um die Finanzierung sozialer Projekte zu gewährleisten.



Der DBSH sieht diesen Ansatz positiv, fordert jedoch eine klarere Definition, wie genau soziale Unternehmen von wirtschaftlichen Förderungen profitieren können, in den letzten Jahren ist die Situation dieser Unternehmen aufgrund mangelnder Finanzierungsmodelle prekär gewesen. Es muss eine langfristige und nachhaltige Finanzierung gewährleistet werden.



Förderung öffentlicher Investitionen haben Potenzial für die langfristige Sicherung sozialer Angebote. Allerdings fehlt im Programm der Linken eine explizite Verbindung zur Sozialen Arbeit. Der DBSH betont die Notwendigkeit, die Auswirkungen wirtschaftlicher Maßnahmen direkt auf die Soziale Arbeit zu berücksichtigen und entsprechende Strategien zu entwickeln.



Das BSW setzt sich für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein sowie einer Abkehr von internationaler Handelskonflikte.



Die FDP betont die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus und die Förderung von Unternehmensgründungen. Sie setzt auf die Stärkung der Eigenverantwortung und spricht sich für weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft aus. Soziale Arbeit wird in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie nicht berücksichtigt.



Eine Abkehr von internationalen Handelsbeziehungen birgt die Gefahr, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu verstärken, anstatt nachhaltige Lösungen zu fördern. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen Hand in Hand gehen, um gesellschaftliche Teilhabe, faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Protektionistische Maßnahmen dürfen nicht auf Kosten sozialer Dienste oder der globalen Verantwortung gehen.



Weniger staatliche Eingriffe und der Fokus auf Eigenverantwortung gefährden die Finanzierung sozialer Dienste, da der Staat dann möglicherweise seine Verantwortung für soziale Sicherungssysteme reduziert. Innovationen im Bereich Sozialunternehmen bieten jedoch Chancen für die Soziale Arbeit, insbesondere wenn bürokratische Hürden für gemeinnützige Initiativen abgebaut werden. Es ist jedoch entscheidend, dass der Staat weiterhin eine aktive Rolle in der Finanzierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen spielt, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sicherzustellen.



Der Fokus liegt auf allgemeinen wirtschaftlichen Maßnahmen wie der Reduzierung von Steuern für Unternehmen und der Abschaffung des Solidaritätszuschlags, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Die CDU sieht in der Sozialwirtschaft eine wichtige Säule der deutschen Wirtschaft, setzt jedoch primär auf marktwirtschaftliche Lösungen. Direkte staatliche Interventionen in den sozialen Sektor werden kaum thematisiert.



Die SPD fokussiert sich auf wirtschaftliches Wachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Entlastungen. Unternehmen sollen durch Investitionsanreize und eine Senkung der Stromkosten gestärkt werden, während eine Steuerreform die Mehrheit der Steuerzahlenden entlasten und hohe Einkommen stärker belasten soll.



Der DBSH fordert eine klarere Strategie zur Unterstützung Sozialer Arbeit als wesentlicher Teil der Wirtschaftsstruktur.



Der Fokus auf soziale Gerechtigkeit und die Entlastung von Beschäftigten ist grundsätzlich positiv, da diese Maßnahmen die soziale Absicherung und Kaufkraft stärken. Allerdings fehlen konkrete Maßnahmen zur nachhaltigen Finanzierung sozialer Dienste und zur wirtschaftlichen Absicherung der Sozialen Arbeit. Eine gezielte Unterstützung für die Soziale Arbeit ist notwendig, um die Arbeitsbedingungen hier langfristig zu verbessern.

Schulsozialarbeit, Bildung, BAföG, Studium



Die Grünen setzen auf eine Stärkung der Schulsozialarbeit und möchten mehr Stellen für Schulsozialarbeiter*innen und in den Bereichen Schulpsychologie und Inklusion schaffen. Zudem soll das BAföG existenzsichernd reformiert und an steigende Lebenshaltungskosten angepasst werden. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung soll bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.



Die explizite Nennung von Sozialer Arbeit in diesem Bereich zeigt eine umfassende Auseinandersetzung mit den aktuellen Problematiken. Die Ansätze sind begrüßenswert, es fehlen allerdings Vorschläge zur Finanzierung der gewünschten neuen Stellen, welche zwingend vorher geklärt werden muss, damit Länder und Kommunen dies umsetzen können.



Das BSW fordert eine verstärkte Förderung von Ganztagschulen und eine Senkung der Kita-Beiträge, um Bildung besser zugänglich zu machen. Zudem soll das Studium gebührenfrei sein, und die BAföG-Leistungen sollen ausgeweitet werden. Im Schulsystem strebt das BSW eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen auch in höheren Klassen sowie eine Anhebung des Lernniveaus an Real- und Hauptschulen an.



Der DBSH begrüßt Maßnahmen zur besseren Zugänglichkeit von Bildung, insbesondere die Förderung von Ganztagschulen, gebührenfreies Studium und eine Erweiterung der BAföG-Leistungen. Die stärkere Durchlässigkeit des Schulsystems ist ein positiver Ansatz, um Bildungsgerechtigkeit zu verbessern. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass eine Erhöhung des Lernniveaus an Real- und Hauptschulen mit einer ausreichenden personellen und strukturellen Unterstützung einhergeht, um keine neuen sozialen Ungleichheiten zu schaffen.



Die CDU will eine gute Bildung von Anfang an sicherstellen und Schulen als Lernorte weiter stärken. Dabei liegt ein Fokus auf der Anpassung des Aufstiegs-BAföG an den technologischen Wandel, insbesondere zur Fachkräftesicherung im Handwerk. Die Partei setzt sich für eine gerechte Finanzierung von Bildung ein und plant, das BAföG und den KfW-Studienkredit besser aufeinander abzustimmen. Zudem soll das BAföG „auskömmlich“ sein, digital einfacher beantragt werden können und schneller bearbeitet werden. Der Gesetzesvollzug für das Auslands-BAföG soll zentralisiert und beschleunigt werden. Darüber hinaus sollen BAföG-Empfänger*innen höhere Verdienstmöglichkeiten erhalten. Schulsozialarbeit wird nicht erwähnt.



Der DBSH kritisiert, dass die CDU keine Position zur Schulsozialarbeit bezieht, obwohl diese essenziell für die soziale Unterstützung von Schüler*innen ist. Die geplanten Änderungen am BAföG bringen gewisse organisatorische Erleichterungen, beinhalten jedoch keine substantielle Erhöhung der Leistungen. Damit bleibt fraglich, ob das BAföG tatsächlich auskömmlich ist und die soziale Durchlässigkeit im Bildungssystem ausreichend gefördert wird. Der DBSH fordert eine bedarfsgerechte Anpassung der BAföG-Sätze, um Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft sicherzustellen.



Die Linke fordert eine gebührenfreie Bildung und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Zudem plant sie eine Reform des BAföG mit der Einführung eines elternunabhängigen Bildungsfonds, um allen Studierenden unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern ein Studium zu ermöglichen.



Die gebührenfreie Bildung und der Ausbau von Ganztagschulen unterstützen die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen am Bildungssystem. Die Reform des BAföG hin zu einem elternunabhängigen Bildungsfonds ermöglicht es Studierenden, unabhängig von der finanziellen Lage ihrer Eltern ein Studium aufzunehmen, was der sozialen Gerechtigkeit dient. Schulsozialarbeit findet keine explizite Erwähnung, obwohl diese einen immensen Beitrag zur chancengerechten Bildung leistet.



Die FDP will bundesweit einheitliche Bildungsstandards und ein „Deutschland-Abitur“ einführen. Außerschulische Lernorte und die Digitalisierung des Bildungswesens sollen gefördert werden. Das BAföG soll zu einem elternunabhängigen Baukasten-System umgebaut und das Bildungskreditprogramm ausgebaut werden



Die geplanten Reformen im Bereich der Studienfinanzierung könnten Studierenden aus einkommensschwachen Familien den Zugang zu höherer Bildung erleichtern, was im Sinne der Chancengleichheit zu begrüßen ist. Schulsozialarbeit findet auch hier keine Erwähnung.



Die SPD plant eine Reform des BAföG mit einer regelmäßigen Anpassung an die Lebenshaltungskosten und einer Ausweitung des Bezugs. Das duale Studium soll gestärkt werden. Das Programm Junges Wohnen für bezahlbaren Wohnraum für Studierende soll fortgeführt werden.



Die geplanten Reformen sind positiv zu bewerten. Ob sich die Verbesserungen auch konkret auf die Lehre in der Sozialen Arbeit auswirken, bleibt offen ebenso wie die Finanzierung der dadurch entstehenden Mehrausgaben des Staates.

Inklusion



Die Grünen fordern den Ausbau inklusiver Bildungseinrichtungen, Gewaltschutz in Einrichtungen der Hilfen für Menschen mit Behinderungen und mehr barrierefreie Arbeitsplätze. Zudem soll die Eingliederungshilfe reformiert werden, um Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen. Das Werkstättensystem soll in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickelt werden. Diese sollen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam beschäftigen und mindestens den Mindestlohn zahlen. Ebenso möchten die Grünen das persönliche Budget für Menschen mit Behinderung stärken anstatt Dienst- oder Sachleistungen.

Besonders positiv zu bewerten ist der Ansatz, das Werkstättensystem in Richtung regulärer Arbeitsmärkte zu entwickeln und faire Löhne zu sichern. Auch die Reform der Eingliederungshilfe und die Stärkung des persönlichen Budgets sind sinnvolle Schritte zu mehr Autonomie. Jedoch muss sichergestellt werden, dass diese Reformen praktisch umsetzbar und nachhaltig finanziell abgesichert sind. Zudem fordert der DBSH, dass Sozialarbeiter*innen in die geplante Enquete-Kommission eingebunden werden, um eine fachlich fundierte Perspektive aus der Praxis einzubringen und die Umsetzung wirksam zu gestalten.



Das BSW fordert barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Dienstleistungen und den Ausbau inklusiver Wohn- und Arbeitsmodelle. Zudem sollen Unternehmen Anreize erhalten, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen.



Der DBSH sieht dies als positive Ansätze, fordert jedoch klare Vorgaben zur Umsetzung und Überprüfung der Maßnahmen.



Die CDU betont die Bedeutung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Lebensbereichen, insbesondere beim Lernen und Arbeiten. Sie sieht die Förderung von Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Teilhabe als zentrale Aufgaben. Ein inklusiver Sozialraum sowie Barrierefreiheit werden als Mehrwert für alle Generationen betrachtet. Zudem hebt die CDU die Chancen der Digitalisierung hervor, um neue Möglichkeiten für Teilhabe und Inklusion zu schaffen.



Die CDU greift zentrale Forderungen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit in Bezug auf Inklusion auf. Die Förderung von Inklusion, Barrierefreiheit und selbstbestimmter Teilhabe entspricht grundlegenden Prinzipien des DBSH. Entscheidend wird jedoch sein, wie diese Ziele konkret umgesetzt und finanziert werden, da Inklusion nicht allein durch Absichtserklärungen, sondern durch strukturelle Maßnahmen und ausreichende Ressourcen gewährleistet werden muss.



Die Linke fordert eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie einen besseren Zugang zu Unterstützungsleistungen. Öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel sollen vollständig barrierefrei gestaltet werden. Arbeitsplätzen sowie die Förderung inklusiver Bildung und Beschäftigung sollen gefördert werden.



Wir unterstützen die Forderungen, jedoch bleiben konkrete Maßnahmen zur Umsetzung und Finanzierung hier aus, dies ist dringend nachzuholen.



Die FDP setzt auf mehr Barrierefreiheit in Bildung und Arbeitswelt, jedoch mit einem Fokus auf digitale Lösungen. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll vereinfacht werden, um Fachkräften mit Behinderung den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.



Barrierefreie Bildungs- und Arbeitsangebote sind essenziell, um gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten, allerdings fokussiert sich die FDP auf Inklusion im Bereich der Arbeitswelt und lässt alle anderen Bereiche des Lebens außen vor. Der DBSH sieht die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Betrachtung von Inklusion und fordert zusätzliche Maßnahmen, um Inklusion in allen Bereichen zu stärken.



Die SPD will Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen verbessern, die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördern und ihre Einkommenssituation in Werkstätten verbessern. Private Anbieter von Waren- und Dienstleistungen sollen verpflichtet werden, Barrieren abzubauen. Schwerbehindertenvertretungen und die politische Selbstvertretung von Betroffenen soll gestärkt werden. Auf Bundesebene soll ein Kompetenzzentrum für Leichte Sprache und Gebärdensprache eingerichtet werden. Es soll ein Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zügig umgesetzt werden. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen im gegliederten System der Rehabilitation und Teilhabe besser als bisher adressiert werden.



Der DBSH begrüßt die umfassenden Maßnahmen zur Förderung von Inklusion und Barrierefreiheit, da sie die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stärken. Allerdings bleibt offen, wie diese Maßnahmen finanziert und in bestehende Strukturen integriert werden. Die Verbesserung der Einkommenssituation in Werkstätten ist notwendig, reicht aber nicht aus – ein stärkerer Fokus auf den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt wäre wünschenswert. Auch die geplante stärkere Berücksichtigung psychischer Erkrankungen im Reha- und Teilhabesystem ist zu begrüßen, erfordert aber eine bessere Vernetzung von Sozialer Arbeit und Gesundheitsversorgung. Entscheidend wird sein, dass diese Maßnahmen nicht nur als Einzelinitiativen umgesetzt, sondern langfristig mit verbindlichen Finanzierungszusagen abgesichert werden.

Familie



Die Grünen setzen auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Unterstützung für Alleinerziehende und eine Erhöhung der Kindergrundsicherung. Zudem sollen Betreuungsangebote ausgebaut werden.

Explizite Erwähnung findet ein fairer und erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen nach der Elternzeit.

Väter oder Co-Mütter sollen sich die ersten 2 Wochen nach der Geburt mit einer Lohnersatzleistung freistellen lassen können. Eine Einführung des gestaffelten Mutterschutzes soll Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden besser unterstützen können.

Die Steuerlast von Alleinerziehenden soll durch einen Freibetrag gesenkt werden sowie das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden.

Der DBSH begrüßt diese Maßnahmen, fordert jedoch eine stärkere Berücksichtigung benachteiligter Familien. Besonders die geplante Stärkung von Frauen und Alleinerziehenden sowie die staatliche Unterstützung bei familienfreundlichen Modellen, die Frauen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, sind aus Sicht des DBSH wichtige Ansätze, die weiter ausgebaut werden sollten.



Das BSW fordert den Ausbau der Betreuungsangebote sowie eine Entlastung von Familien durch eine Senkung der Kita-Beiträge. Mittelfristig wird eine vollständige Beitragsfreiheit für Bildung angestrebt.

Der DBSH begrüßt Maßnahmen zur finanziellen Entlastung von Familien, kritisiert jedoch, dass sozial schwächere Haushalte nicht ausreichend berücksichtigt werden. Beitragsfreiheit allein reicht nicht aus, um Bildungs- und Betreuungsgerechtigkeit sicherzustellen. Es braucht gezielte Maßnahmen, die insbesondere benachteiligte Familien unterstützen, etwa durch einkommensabhängige Förderungen oder zusätzliche Unterstützungsangebote.



Die CDU setzt auf steuerliche Anreize und den Ausbau der Kinderbetreuung, um Familien zu fördern. Dabei legt sie besonderen Wert auf die Unterstützung traditioneller Familienmodelle. Familien werden als zentrale Leistungsträger und Stabilitätsfaktor der Gesellschaft betrachtet. Gleichzeitig erkennt die CDU an, dass Familien mit Herausforderungen wie Zeitmangel und finanziellen Engpässen zu kämpfen haben und möchte ihnen mehr Spielraum für eigenverantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen.



Der DBSH sieht steuerliche Anreize und den Ausbau der Kinderbetreuung als wichtige Maßnahmen, kritisiert jedoch die starke Orientierung am traditionellen Familienmodell. Eine moderne Familienpolitik muss alle Familienformen gleichwertig unterstützen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Lebensentwürfen. Zudem fehlt eine klare Strategie zur gezielten Unterstützung sozial benachteiligter Familien, die besonders auf finanzielle und strukturelle Hilfen angewiesen sind. Eine inklusive Familienpolitik muss die Vielfalt der Lebensrealitäten anerkennen und allen Familien faire Chancen bieten.



Die Linke setzt auf einen Ausbau der Betreuungsangebote sowie die Einführung flexibler Kitazeiten. Zudem soll der Mindestbetrag beim Elterngeld auf 420 Euro angehoben werden.



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann durch diese Maßnahmen verbessert werden und finanzielle Unterstützung für Familien bieten. Allerdings fehlen aus unserer Perspektive ergänzend spezifische Unterstützungsangebote für Alleinerziehende, um deren besondere Herausforderungen angemessen zu adressieren.



Die FDP setzt sich für eine steuerliche Förderung von Kinderbetreuungskosten und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexiblere Arbeitszeiten ein. Zudem sollen gesetzliche Unterhaltsleistungen besser steuerlich absetzbar werden.



Die vorgeschlagenen Maßnahmen der FDP könnten v.a. finanziell unterstützend für Familien wirken. Allerdings fehlen spezifische Angebote für soziökonomisch benachteiligte Familien, die besondere Unterstützung benötigen. Eine umfassende Familienpolitik sollte auch diese Gruppen berücksichtigen, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern.



Die SPD setzt auf eine umfassende finanzielle Unterstützung und bessere Infrastruktur für Familien. Sie plant eine Erhöhung des Kindergelds, einen Ausbau der Betreuungsangebote und eine kostenfreie Bildung von der Kita an. Der Mutterschutz soll ausgeweitet und ein Konzept für Selbstständige entwickelt werden.

Zudem soll es eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben, etwa durch flexible Arbeitszeiten und ein jährliches Budget für haushaltsnahe Dienstleistungen. Pflegende Angehörige sollen durch eine Familienpflegezeit und ein Familienpflegegeld unterstützt werden. Eine gerechtere Besteuerung von Familien, insbesondere Alleinerziehenden, soll finanzielle Entlastung bringen. Regenbogenfamilien sollen vollständig rechtlich gleichgestellt werden. Die SPD plant auch ein bundesweit vergünstigtes Deutschlandticket für Familien mit Kindern und weitere soziale Gruppen.



Der DBSH begrüßt diese Ansätze und fordert eine nachhaltige Finanzierung dieser Maßnahmen.

Soziale Sicherung



Die Grünen setzen sich für eine bessere Abstimmung und Vereinfachung sozialer Sicherungssysteme ein. Sie fordern eine transparente und bürger*innenfreundliche Umsetzung von Sozialleistungen sowie eine Modernisierung der Verwaltung, um Menschen einfacher Zugang zu ihren Ansprüchen zu ermöglichen.

Der Mindestlohn soll erhöht werden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgebaut.

In Bezug auf arbeitssuchende Menschen fordern die Grünen eine Existenz- und teilhabesichernde Leistungen. Ziel ist es, so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu führen, auf dem Weg dorthin sollen sie durch Qualifizierungen und Ausbildungen aber v.a. durch schnelle und nachhaltige Vermittlung unterstützt werden. Eine aktive Mitwirkung wird dabei von Arbeitssuchenden eingefordert. Die Anreize zur Aufnahme von Arbeit sollen verbessert werden und mehr Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.



Die CDU setzt auf private Vorsorgemodelle und eine schrittweise Modernisierung des Sozialversicherungssystems. Die CDU betont die Notwendigkeit eines funktionierenden Zusammenspiels von Bund, Ländern und Kommunen sowie eines soliden Haushalts und eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeld. Sie setzt auf stabile Finanzmärkte und eine effiziente Verwaltung, um die staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern. In der Sozialpolitik fordert die CDU eine „Neue Grundsicherung“, die das Prinzip „Fördern und Fordern“ betont. Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sollen Hilfe erhalten, jedoch wird zugleich die Verpflichtung betont, eine Arbeit aufzunehmen, wenn dies möglich ist.



Die Vereinfachung und eine bessere Abstimmung der Sicherungssysteme ist für alle Beteiligten wünschenswert. Was eine „aktive Mitwirkung“ bedeutet und die Haltung ggü. Sanktionen wird im Wahlprogramm nicht dargestellt. Eine Fortführung der Sanktionen in bisheriger Form ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, viel mehr müsste sich mit den Ursachen der „Nicht Mitwirkung“ beschäftigt werden z.B. unverständliche Briefe in Behördensprache etc. und diese beseitigt werden. Qualifizierungsangebote, Arbeitsgelegenheiten etc. müssen in ihrem Konzept dringend überarbeitet werden und zugleich wurden entsprechende Angebote und Bildungsträger in den letzten Jahren die finanziellen Mittel gekürzt sodass hier erst einmal wieder eine sichere Finanzierung hergestellt werden muss.



Das Sozialleistungssystem soll entbürokratisiert und der Zugang erleichtert werden. Das Bürgergeld will das BSW durch eine „leistungsstarke und leistungsgerechte“ Arbeitslosenversicherung ersetzen. Zudem soll Selbstständigen der Zugang zur Arbeitslosenversicherung ermöglicht werden. Zur Verhinderung von „Missbrauch“ des Bürgergelds sind verstärkte Kontrollen durch die Finanzkontrolle „Schwarzarbeit“ vorgesehen.

Im Bereich der Arbeitslosenunterstützung setzt das BSW auf eine strengere Mitwirkungspflicht: Wer Maßnahmen ohne triftigen Grund ablehnt, soll mit Konsequenzen rechnen müssen.



Der DBSH kritisiert die geplanten Verschärfungen der Mitwirkungspflichten und Sanktionen für Arbeitslose als unverhältnismäßig und menschenunwürdig. Solche Maßnahmen stehen im Widerspruch zu den Grundsätzen der Würde und Partizipation und ignorieren wissenschaftliche Erkenntnisse, die zeigen, dass Zwang und Sanktionen langfristig kontraproduktiv sind. Statt auf Druck und Strafen zu setzen, braucht es unterstützende Strukturen, die Menschen in prekären Lebenslagen tatsächlich befähigen, nachhaltige Perspektiven zu entwickeln.



Der DBSH erkennt die Bedeutung eines handlungsfähigen Staates und einer klaren Aufgabenteilung zwischen den politischen Ebenen an. Allerdings kritisiert er den restriktiven Ansatz der CDU in der Sozialpolitik, da dieser primär auf Kontrolle und Sanktionen setzt, anstatt nachhaltige soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die soziale Sicherung muss darauf abzielen, Menschen in prekären Lebenslagen wirksam zu unterstützen, statt sie durch Druck zur Arbeitsaufnahme weiter zu belasten. Ein funktionierender Sozialstaat sollte Partizipation und soziale Gerechtigkeit fördern, statt primär auf Leistungspflichten zu fokussieren.



Die Linke plant die Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung ohne Eigenanteile sowie einer einheitlichen Krankenversicherung für alle, einschließlich Selbstständige und Beamt*innen.



Solidarische Sicherungssysteme die soziale Gerechtigkeit stärken befürworten wir. Die Abschaffung von Eigenanteilen in der Pflegeversicherung und die Einführung einer einheitlichen Krankenversicherung fördern den gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Bevölkerungsgruppen.

Soziale Sicherung



Die FDP plant die Einführung kapitalgedeckter Elemente in der sozialen Sicherung, insbesondere durch eine gesetzliche Aktienrente. Zudem strebt sie einen flexiblen Renteneintritt nach schwedischem Vorbild an, bei dem der Ruhestand individuell gestaltet werden kann. Die FDP möchte eine Reform des Bürgergeldes mit dem Ziel, die Eigeninitiative der Leistungsbeziehenden zu stärken. Dies beinhaltet eine Betonung von Aktivierungsmaßnahmen und die Wiedereinführung strengerer Sanktionen bei fehlender Mitwirkung. Zudem erwägt die FDP die Einführung einer negativen Einkommensteuer, um den Sozialstaat zu vereinfachen und Erwerbsanreize zu erhöhen. Ein weiteres Anliegen ist die Implementierung von Maßnahmen gegen "Missbrauch im Sozialstaat", einschließlich einer strengeren Kontrolle der Transferempfänger*innen.



Kapitalgedeckte Ansätze können langfristig zur Stabilität der sozialen Sicherungssysteme beitragen. Allerdings besteht die dringende Notwendigkeit, kurzfristige Maßnahmen für Menschen in prekären Lebenslagen zu ergreifen, um soziale Gerechtigkeit und Teilhabe sicherzustellen, was die FDP außer Acht lässt.

Zur Haltung des DBSH zu Verschärfungen beim Bürgergeld, siehe CDU Einordnung. Die Idee einer negativen Einkommensteuer könnte zwar bürokratische Hürden abbauen, greift jedoch zu kurz, da sie die komplexen Lebenslagen der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt.



Mini-Jobs sollen langfristig reduziert werden, da sie das Risiko für Altersarmut erhöhen. Ziel ist es, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen und Missbrauch zu verhindern, während für bestimmte Gruppen wie Rentner*innen Übergangsregelungen geschaffen werden.

Auf globaler Ebene betont die SPD die Bedeutung multilateraler Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Armut, Hunger und sozialer Ungleichheit. Sie fordert eine nachhaltige Agrarpolitik zur Sicherung langfristiger Ernährungssysteme und betrachtet soziale Sicherungssysteme als essenzielle Investition, um Gesellschaften widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen.

Die SPD setzt sich für eine Stärkung der gesetzlichen Rente und eine Verbesserung sozialer Absicherung ein. Sie fordert eine stabilere Finanzierung der Sozialversicherungssysteme.

Das Elterngeld soll reformiert werden, indem beide Elternteile je sechs nicht übertragbare Monate erhalten, mit zusätzlichen sechs Monaten, die flexibel aufgeteilt werden können, um partnerschaftliche Erziehungsmodelle zu fördern. Am Konzept des Bürgergeldes hält die SPD grundsätzlich fest.



Die Absicherung von Mini-Jobbern ist ein positiver Schritt, da prekäre Beschäftigung langfristig zu sozialer Unsicherheit führt. Allerdings bleibt offen, wie diese Übergänge konkret gestaltet werden sollen, insbesondere für Personen, die auf flexible Beschäftigungsmodelle angewiesen sind.

Die globale Perspektive der SPD ist begrüßenswert, insbesondere die Anerkennung sozialer Sicherungssysteme als Kriseninstrument. Dies deckt sich mit den Werten der Sozialen Arbeit, die nachhaltige Lösungen für soziale Ungleichheiten fordern. Entscheidend wird sein, inwiefern die SPD diese Prinzipien auch in ihrer Innenpolitik mit verbindlichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung umsetzt.

Migration und Flucht

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Arbeitshindernisse für Geflüchtete sollen abgebaut werden. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz habe dafür den Grundstein gelegt. Die Visa Vergabe soll digitalisiert werden und Wartezeiten dadurch verkürzt. Berufs- und Bildungsabschlüsse sollen leichter anerkannt werden und die Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisiert.

Wissenschaftliche Expertisen sollen stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung und kommunaler Praxis und betroffenen eingerichtet werden. Fluchtursachen sollen mit "vorrasschauender Diplomatie" und verlässlich finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen sowie einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handlungsbedingungen bekämpft werden. Familiennachzug soll weiterhin möglich sein und existierende Einschränkungen aufgehoben. Es wird betont, dass das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot immer und überall gelte. Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Die Grünen treten weiter für eine staatliche EU-Seenotrettungsmission ein.

Die GEAS Reform soll auf nationaler Ebene Grund- und Menschenrechtskonform umgesetzt werden.

Die Ansätze zur Erleichterung der Anerkennung von Abschlüssen und Integration in den Arbeitsmarktes sowie des Familiennachzuges unterstützen wir. Ob die Umsetzung der GEAS Reform Menschenrechtskonform möglich ist, bezweifeln wir - siehe dazu [Position zu GEAS](#). Bei einem Gremium mit Expert*innen sind zwingend Sozialarbeiter*innen aus Praxis und Forschung mit zu berücksichtigen.

**Bündnis Sahra
Wagenknecht**

Das BSW setzt auf eine striktere Kontrolle irregulärer Migration und eine gleichzeitige Förderung der Integration junger Menschen. Mit dem sogenannten „Jobturbo“ soll die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter beschleunigt werden. Gleichzeitig plant das BSW tiefgreifende Einschränkungen des Asylrechts. Menschen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, sollen weder ein Aufenthaltsrecht noch Zugang zu Asylverfahren oder sozialen Leistungen erhalten. Zudem sollen kriminelle Geflüchtete ihr Anrecht auf ein Asylverfahren verlieren, wobei unklar bleibt, ab welchem Straftatbestand dies greifen soll. Abschiebeschutz soll nur noch bestehen, wenn eine unmittelbare Gefahr der Todesstrafe im Herkunftsland nachweisbar ist. Gerichtsverfahren zur Abschiebung von Personen, die „in schwerer Weise mit dem Gesetz in Konflikt geraten“ sind, sollen priorisiert behandelt werden. Asylverfahren selbst sollen künftig außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden. Zur Bekämpfung von Fluchtursachen setzt das BSW auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern, unter anderem durch die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen gegen bestimmte Regierungen.



Der DBSH lehnt diese massiven Einschränkungen des Asylrechts entschieden ab, da sie grundlegenden humanistischen Werten und internationalen Rechtsstandards widersprechen. Besonders die geplante Verlagerung von Asylverfahren in Drittstaaten stellt eine Gefahr für das Recht auf ein faires Verfahren dar und könnte Schutzsuchende erheblichen Risiken aussetzen. Zudem ist die vage Definition von „kriminellen Geflüchteten“ problematisch: Es bleibt unklar, ab welchem Delikt Menschen ihr Anrecht auf Schutz verlieren sollen. Eine solche Regelung öffnet Willkür und Diskriminierung Tür und Tor. Der DBSH unterstützt hingegen Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration von Geflüchteten, da sie langfristig zur gesellschaftlichen Teilhabe beitragen und somit auch nachhaltige Lösungen für Migrationspolitik bieten.



Die CDU fordert eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik und will die Kontrolle über Migration zurückgewinnen. Sie setzt sich für eine konsequentere Bekämpfung illegaler Migration ein und plant, die humanitäre Aufnahme auf ein Maß zu beschränken, das Deutschland nicht „überfordert“. Zudem soll das nationale Asylsystem durch schnellere Verfahren, sichere Identitätsfeststellungen und eine konsequente Umsetzung der Asylentscheidungen effizienter gestaltet werden. Die deutsche Außen-, Europa- und Entwicklungspolitik soll an diesen migrationspolitischen Zielen ausgerichtet werden.



Der DBSH kritisiert die geplante Einschränkung humanitärer Aufnahmen, da sie die Schutzrechte von Geflüchteten gefährdet. Eine migrationspolitische Wende darf nicht auf Kosten der Menschenrechte gehen. Besonders problematisch ist der Fokus auf Kontrolle und Begrenzung, während nachhaltige integrationsfördernde Maßnahmen kaum Beachtung finden. Die Ethik der Sozialen Arbeit fordert eine solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik, die Schutzsuchenden faire Verfahren und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, anstatt sie auf ein vermeintlich verkraftbares Maß zu reduzieren.

Migration und Flucht

Die Linke

Die Linke tritt für die Einführung legaler Fluchtwege und die Stärkung des Rechts auf Asyl ein. Zudem will sie die Integration von Geflüchteten durch verbesserten Zugang zu Bildung und Arbeit fördern.



Die Stärkung solidarischer Sicherungssysteme unterstützen wir. Die Schaffung legaler Fluchtwege und die Betonung des Asylrechts entsprechen den ethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit. Der erleichterte Zugang zu Bildung und Arbeit unterstützt die Integration und Teilhabe von Geflüchteten in die Gesellschaft. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der genannten Ziele fehlen im Wahlprogramm.

Freie Demokraten
FDP

Die FDP strebt eine Reform des Asylsystems an, um irreguläre Migration zu begrenzen. Sie setzt dabei auf die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Förderung regulärer Migration in Arbeit und Ausbildung durch Kooperationen mit Herkunftsländern. Zudem sollen Asylverfahren effizienter gestaltet und die Integration durch Zugang zu Arbeit und Bildung verbessert werden



Die FDP ist in ihrem Wahlprogramm sehr einseitig auf Arbeitsmarkt Migration fokussiert. In der geplanten Reform zum Asylrecht befinden sich mögliche restriktive Maßnahmen, die den Zugang zu Schutz für vulnerable Personen erschweren. Einen solchen Ansatz in der Asylpolitik lehnen wir entschieden ab. Ein menschenrechtsorientierter Ansatz muss hier stets im Vordergrund stehen.



Die SPD setzt auf eine geordnete Migration, die Humanität mit Kontrolle verbindet. Schutzbedürftige sollen Asyl erhalten, während integrierte, aber nicht anerkannte Geflüchtete über einen Spurwechsel in die Fachkräfteeinwanderung bleiben können.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) soll ab 2026 EU-weite Standards sichern. Pushbacks werden abgelehnt, Binnengrenzkontrollen sollen die Ausnahme bleiben. Asylverfahren sollen durch Digitalisierung auf maximal sechs Monate verkürzt werden.

Seenotrettung wird als Pflicht anerkannt. Gleichzeitig sollen Fluchtursachen bekämpft und Migrationsabkommen für geregelte Einwanderung und Rückführungen geschlossen werden.



Der DBSH begrüßt die Wahrung menschenrechtlicher Standards und die Ablehnung von Pushbacks ebenso die Förderung legaler Fluchtrouten.

Kritisch zu betrachten ist der zunehmende Fokus auf Arbeitsmigration, der das Asylrecht abschwächen könnte. Darüber hinaus ist die GEAS Reform in Bezug auf die Menschenrechte grundsätzlich als kritisch einzuordnen - siehe dazu unsere [Positionierung zur GEAS Reform](#).

Die geforderten beschleunigten Asylverfahren sind sinnvoll, solange rechtliche Standards gewahrt bleiben.

Insgesamt verfolgt die SPD eine pragmatische, aber wirtschaftlich geprägte Migrationspolitik, bei der Schutzbedürftigkeit weiterhin oberstes Kriterium bleiben muss. Ob sie dies einhalten kann bleibt fraglich.

Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit



Das Fachkräftepotenzial für Deutschland soll erhöht werden. Die Grünen wollen Hindernisse abbauen und Anreize ausbauen um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Der Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund ist aus Sicht der Grünen hier eine entscheidende Stellschraube.



Das Thema Fachkräftemangel ist bekannt, es wird jedoch nicht konkret auf Soziale Arbeit eingegangen, obwohl viele der Vorschläge in den anderen Bereiche ausreichend Sozialarbeiter*innen voraussetzen. Es reicht an dieser Stelle nicht nur von allgemein bekannten Formulierungen Gebrauch zu machen, konkrete Maßnahmen wie z.B. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, verpflichtende Tarifbindung für Träger in der Sozialen Arbeit etc. sind erforderlich um dem Fachkräftemangel zu begegnen.



Die berufliche Bildung und Qualifikation innerhalb Deutschlands soll verstärkt gefördert werden, um die inländische Fachkräftesicherung zu stärken. Gleichzeitig strebt das BSW eine Abkehr von der bisherigen Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften an.



Der DBSH unterstützt die Stärkung der beruflichen Bildung, warnt jedoch vor einer Abschottung gegenüber ausländischen Fachkräften. Gerade in sozialen und pflegerischen Berufen ist deren Beitrag essenziell. Statt auf Unabhängigkeit zu setzen, braucht es bessere Arbeitsbedingungen und eine ganzheitliche Strategie zur Fachkräftesicherung.



Die CDU setzt auf verschiedene Maßnahmen, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel zu begegnen. Menschen in Helfertätigkeiten sollen gezielt gefördert werden, um einen Berufsabschluss nachzuholen und sich zu qualifizierten Fachkräften weiterzuentwickeln. Zudem will die CDU die Gewinnung ausländischer Fachkräfte erleichtern, wobei der Fokus auf einer guten Qualifikation und der beschleunigten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse liegt. Ziel ist es, eine langfristige und stabile Beschäftigung für Fachkräfte in Deutschland zu sichern.



Der DBSH sieht in den Vorschlägen zur Fachkräftesicherung allgemein sinnvolle Ansätze, kritisiert jedoch, dass keine spezifischen Maßnahmen für den Bereich der Sozialen Arbeit genannt werden. Gerade in diesem Sektor besteht einer der größten Fachkräftemängel, der gezielte Strategien zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes, bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung erfordert. Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen ist zwar ein wichtiger Schritt, reicht jedoch allein nicht aus, um den Fachkräftemangel nachhaltig zu bewältigen.



Lt. Der Linken ist das effektivste Mittel gegen den Fachkräftemangel bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Sie fordert ausreichend finanzierte öffentliche Haushalte, um dies zu gewährleisten, und plädiert dafür, dass der öffentliche Dienst gemeinsam mit den Gewerkschaften realistische Schritte zur Entlastung und zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen vereinbart.



In einer [gemeinsamen Stellungnahme](#) mit der GEW und ver.di betont der DBSH, dass der sogenannte Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit in erster Linie durch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, eine Aufwertung des Berufs und den Ausbau des Studienangebots begegnet werden sollte. Zudem wird die Bedeutung einer gerechten Finanzierung des Sozialstaats hervorgehoben. Die Politik steht hier in der Verantwortung, geeignete Rahmenbedingungen, Wertschätzung und eine solide sozialstaatliche Absicherung der Unterstützungsleistungen für die Bürger:innen sicherzustellen.

Die Forderungen der Linken nach besseren Arbeitsbedingungen und einer engen Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Dienst und Gewerkschaften decken sich mit den Positionen des DBSH und werden daher ausdrücklich begrüßt.



Die FDP will die schulgeldfreie und vergütete Ausbildung von Erzieher*innen stärken sowie die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in den Bundesländern fördern. Zudem sollen Exzellenzinitiativen in der beruflichen Bildung gefördert werden, um die Attraktivität sozialer Berufe zu steigern.



Die Soziale Arbeit wird nicht spezifisch adressiert. Die genannten Initiativen beziehen sich hauptsächlich auf Erzieher*innen während Fachkräfte der Sozialen Arbeit unberücksichtigt bleiben. Der DBSH fordert daher, auch für Sozialarbeiter*innen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung zu implementieren.



Die SPD setzt auf eine Kombination aus besseren Arbeitsbedingungen, verstärkter Ausbildung und gezielter Zuwanderung, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Besonders in Bildung, Gesundheit und öffentlichem Dienst sollen Löhne, Arbeitszeiten und Personalschlüssel verbessert werden. Die Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen soll verbindlich mit den Bundesländern abgestimmt werden. Das Fachkräfteeinwanderungs-gesetz soll vereinfacht und unbürokratisch umgesetzt werden, um qualifizierte Arbeitskräfte schneller nach Deutschland zu bringen. Der Staat soll als attraktiver Arbeitgeber mit unbefristeten Stellen, Homeoffice und Weiterbildungsangeboten vorangehen.



Der Fokus auf bessere Arbeitsbedingungen, faire Vergütung und die Attraktivitätssteigerung insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich ist positiv einzuordnen. Ein konkreter Bezug zur Sozialen Arbeit fehlt, der Fokus liegt auf Kitas und Schulen. Die erleichterte Fachkräftezuwanderung ist notwendig, sollte jedoch nicht dazu führen, dass strukturelle Probleme bei der Bezahlung und Anerkennung sozialer Berufe ungelöst bleiben.

Sicherung der Tarifbindung in Ausschreibungspraxen



Die Grünen setzen sich für eine verpflichtende Tarifbindung bei öffentlichen Ausschreibungen ein. Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, sollen nach Tarif bezahlen müssen.



Der DBSH begrüßt diesen Ansatz, da er dazu beiträgt, die Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich zu verbessern. Zur berücksichtigen ist dies allerdings ebenfalls in der Bereitstellung von Fördermitteln.



Das BSW fordert eine strikte Tarifbindung für alle Unternehmen, die öffentliche Gelder erhalten. Zudem sollen Subunternehmen ebenfalls an Tarifverträge gebunden werden.



Der DBSH sieht dies als einen wichtigen Schritt zur Sicherung fairer Löhne im sozialen Sektor.



Die CDU bekennt sich zur Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und strebt eine höhere Tarifbindung an. Zudem betont die CDU ihre Rolle bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2014 und unterstützt dessen Fortbestand durch die unabhängige Mindestlohnkommission. Allerdings lehnt sie politische Eingriffe in die Lohnfindung ab und setzt stattdessen auf eine lohnpolitische Steuerung durch die Sozialpartner. Eine gute Lohnentwicklung wird als Ausdruck von Leistung und Produktivität betrachtet.



Die CDU nennt keine konkreten Maßnahmen zur Durchsetzung tariflicher Standards, insbesondere in der Sozialen Arbeit, wo niedrige Löhne und prekäre Arbeitsbedingungen weit verbreitet sind. Der DBSH fordert eine aktive staatliche Rolle, um Tarifbindung zu stärken und die Löhne in sozialen Berufen nachhaltig zu verbessern.



Die Linke fordert eine umfassende gesetzliche Regelung zur Tarifbindung, die sicherstellt, dass alle sozialen Träger tariflich abgesichert sind. Öffentliche Ausschreibungen sollen nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden.

Dies erfordert ausreichend finanzierte öffentliche Haushalte, die gute Arbeitsbedingungen ermöglichen, anstatt Vermögende zu begünstigen. Das Arbeitsministerium soll die Befugnis erhalten, Tarifverträge auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite für allgemeinverbindlich zu erklären. Bei Auslagerungen müssen Tarifverträge unbefristet fortgelten.



Bereits in der Heidelberger Erklärung betont der DBSH die Notwendigkeit, dass Kostenträger der öffentlichen Hand in Ausschreibungen verbindliche Vorgaben zur Tarifbindung des einzusetzenden Personals machen. Die Sicherstellung tariflicher Standards in der Vergabep Praxis trägt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei und fördert die Qualität sozialer Dienstleistungen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Linken entsprechen somit den Zielen des DBSH, faire Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung in der Sozialen Arbeit zu gewährleisten. Allerdings ist zu beachten, dass dies bei der Fördermittelvergabe mitbedacht wird.



Die FDP spricht sich gegen eine verpflichtende Tarifbindung aus und setzt auf marktwirtschaftliche Lösungen. Sie sieht eine zu starke Regulierung als nachteilig für den Wettbewerb an.



Ohne Regelungen zur Sicherung der Tarifbindung besteht die Gefahr, dass Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich noch mehr unter Druck geraten und sich verschlechtern. Der DBSH plädiert daher für klare Vorgaben, die sicherstellen, dass öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden, um faire Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.



Die SPD plant, die Tarifbindung zu stärken, um faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Allerdings enthält das Wahlprogramm keine spezifischen Aussagen zur Berücksichtigung von Tarifbindung in Ausschreibungsverfahren.



Die Stärkung der Tarifbindung ist ein zentrales Anliegen von uns, da sie maßgeblich zur Sicherung fairer Arbeitsbedingungen und zur sozialen Gerechtigkeit beiträgt. Der DBSH begrüßt daher die allgemeinen Bestrebungen der SPD in diesem Bereich. Gleichzeitig sehen wir für eine weitergehende Verankerung der Tarifbindung Potenzial, insbesondere durch die Integration entsprechender Kriterien in öffentliche Ausschreibungsverfahren, um soziale Standards flächendeckend zu gewährleisten.

Aufwertung Sozial- und Erziehungsdienst



Die Grünen setzen sich für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst ein. Sie fordern höhere Gehälter, bessere Personalschlüssel und eine stärkere tarifliche Absicherung für Beschäftigte in diesem Bereich.



Ausreichend finanzierte öffentliche Haushalte, sollen gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften geschehen, um realistische Schritte zur Entlastung und zur Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.



Der DBSH begrüßt diesen Ansatz, da er zur Stärkung und langfristigen Attraktivität des Berufsfeldes beiträgt.



Ausreichend finanzierte öffentliche Haushalte sind zur Stärkung der Sozialen Arbeit wichtig und richtig. Darüber hinaus sind allerdings die finanziellen Strukturen der vielen freien und anderen Träger miteinzubeziehen und zu berücksichtigen.



Keine Aussagen.



Keine Aussagen.



Keine Aussagen.



Es wird nur Bezug auf Gesundheitsberufe und geplante Verbesserungen in diesem Bereich Bezug genommen.



Es ist überfällig, dass die Soziale Arbeit als elementarer und wichtiger Bereich der Wirtschaft und Gesellschaft anerkannt wird und ebenso Maßnahmen zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes vorgeschlagen werden.

Mitbestimmung, Betriebsräte und Gewerkschaften



Die Grünen betonen die zentrale Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften bei der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer*innen. Sie setzen sich für eine Stärkung der Sozialpartnerschaft ein, um Mitbestimmungsrechte in allen Branchen zu sichern und auszubauen. Dazu gehören Maßnahmen wie ein effektiver Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder, die Durchsetzung von Tariflöhnen sowie die Förderung von unbefristeten Arbeitsverträgen, um Beschäftigung langfristig sicherer und fairer zu gestalten.



Die Linke fordert eine erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei der Personalbemessung und der Vorbeugung von Belastungen. Zudem sollen Beschäftigte wöchentliche Beratungszeiten erhalten, um sich über ihre Arbeitsbedingungen auszutauschen.



Der DBSH unterstützt die Stärkung der Betriebsräte, da sie entscheidend für faire Arbeitsbedingungen sind. Ein besserer Kündigungsschutz und die Durchsetzung von Tariflöhnen sind besonders in der Sozialen Arbeit dringend notwendig, um prekäre Beschäftigung einzudämmen und die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern.



Wir unterstützen die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und die Erhöhung der Transparenz in Bezug auf Arbeitsbedingungen. Durch die erzwingbare Mitbestimmung bei Personalfragen erhalten Betriebsräte einen besseren Einblick in die Arbeitsbelastung und können proaktiv Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen einleiten. Die regelmäßigen Beratungszeiten fördern den Austausch unter den Beschäftigten und können dazu beitragen, die Hemmschwelle für den Gang zum Betriebsrat zu senken.



Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) setzt sich in seinem Wahlprogramm für die Erleichterung von Betriebsratsgründungen ein. Dies soll unter anderem durch einen verbesserten Kündigungsschutz für die Initiator*innen von Betriebsratswahlen erreicht werden.



Keine explizite Nennung.



Der DBSH begrüßt diese Vorhaben, da sie die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten stärken und zur Demokratisierung der Arbeitswelt beitragen. Ein verbesserter Kündigungsschutz für Initiator*innen von Betriebsratswahlen ist essenziell, um die Gründung von Betriebsräten zu fördern und Beschäftigte vor möglichen Repressalien zu schützen sowie Arbeitnehmer*innenrechte durch mehr Betriebsräte zu stärken.



Die SPD plant eine umfassende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, um die Rechte von Betriebsräten in Bereichen wie strategischer Personalplanung, Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Gesundheitsschutz und betrieblicher Weiterbildung zu erweitern. Zudem sollen Initiator*innen von Betriebsratswahlen besser geschützt und die Behinderung solcher Wahlen als Officialdelikt verfolgt werden. Die SPD setzt sich auch für die Schließung rechtlicher Schlupflöcher ein, die zur Umgehung der Mitbestimmung genutzt werden können.



Die Partei plant, die betriebliche Mitbestimmung zu modernisieren, insbesondere durch die Einführung digitaler Formate für Betriebsversammlungen und Online-Betriebsratswahlen. Zudem sollen digitale Zugangsrechte für die Mitbestimmung geschaffen werden, die sich an bestehenden analogen Regelungen orientieren. Die CDU betont ausdrücklich, dass die Gründung von Betriebsräten nicht behindert werden darf.



Die Maßnahmen können die Partizipation der Beschäftigten stärken und zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen. Eine erweiterte Mitbestimmung fördert die Transparenz und Gerechtigkeit in betrieblichen Entscheidungsprozessen, was insbesondere für die Soziale Arbeit von Bedeutung ist. Der DBSH unterstützt daher die geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Betriebsräte und der Mitbestimmungsrechte.



Die geplanten Modernisierungen der Mitbestimmung und die Betonung der Bedeutung von Betriebsräten sind unterstützenswert. Allerdings vermisst der DBSH konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen. Die Digitalisierung der Mitbestimmung ist ein wichtiger Schritt, sollte jedoch durch weitere Initiativen ergänzt werden, die die Partizipation und die Rechte der Beschäftigten in allen Sektoren, insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst, stärken

Erbschafts- und Vermögenssteuer



Die Grünen setzen sich für eine Reform der Erbschaftssteuer ein, die höhere Freibeträge für die Mehrheit der Bevölkerung vorsieht, während große Vermögen stärker besteuert werden sollen. Zudem wird die Einführung einer nationalen Vermögenssteuer diskutiert, um große Vermögen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Ziel der Grünen ist eine gerechtere Steuerpolitik, die soziale Ungleichheiten abbaut und eine solide Finanzierung des Sozialstaats gewährleistet.



Der DBSH unterstützt die geplante Reform der Erbschaftssteuer, da sie darauf abzielt, hohe Vermögen stärker in die Verantwortung zu nehmen und gleichzeitig breiten Teilen der Bevölkerung eine steuerliche Entlastung zu bieten. Auch die Diskussion über eine Vermögenssteuer entspricht dem sozialpolitischen Grundsatz, dass große Vermögen einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten sollten. Entscheidend bleibt jedoch die konkrete Umsetzung, um Schlupflöcher zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Einnahmen gezielt in soziale Bereiche investiert werden.



Das BSW fordert eine Vermögenssteuer für sehr hohe Vermögen ab 25 Millionen Euro, die mit steigendem Vermögen progressiv erhöht wird. Diese Steuer soll zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen beitragen. Die Partei sieht darin einen wichtigen Schritt, um die soziale Ungleichheit zu verringern und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands zu erreichen.



Der DBSH begrüßt den Vorschlag zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für sehr hohe Vermögen, da dies eine Umverteilung zugunsten des Gemeinwohls ermöglichen könnte. Besonders positiv ist die progressive Gestaltung der Steuer, die sicherstellt, dass nur extrem wohlhabende Haushalte betroffen sind. Allerdings fehlen im Programm des BSW genauere Angaben zur Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen, insbesondere in Bezug auf soziale Dienste und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sozialsektor.



Die CDU plant, die Erbschaftsteuer für Eigenheime zu senken. Konkret sollen Eigenheime steuerfrei an die nächste Generation übertragen werden können, sofern sie mindestens zehn Jahre selbst genutzt oder vermietet werden. Die CDU lehnt die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer kategorisch ab.



Die geplante Senkung der Erbschaftsteuer für Eigenheime sieht der DBSH kritisch, da sie vor allem vermögende Haushalte begünstigt und die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland weiter verstärken könnte. Die kategorische Ablehnung der Vermögenssteuer durch die CDU steht im Widerspruch zu Forderungen nach einer gerechteren Besteuerung hoher Vermögen, um soziale Ungleichheiten zu reduzieren und Mittel für öffentliche Aufgaben, einschließlich der Sozialen Arbeit, bereitzustellen. Der DBSH plädiert für eine Steuerpolitik, die soziale Gerechtigkeit fördert und ausreichend Ressourcen für soziale Dienstleistungen sicherstellt.



Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem progressiven Steuersatz von bis zu 5% und einem Freibetrag von 1 Million Euro pro Person. Für Betriebsvermögen liegt der Freibetrag bei 5 Millionen Euro. Der Steuersatz beginnt bei 1% ab einem Vermögen von 1 Million Euro und steigt auf bis zu 5% für Vermögen über 50 Millionen Euro. Für Vermögen oberhalb von 1 Milliarde Euro ist ein Sondersteuersatz von 12% vorgesehen.



Die Linke verfolgt mit ihrem Vorschlag einer progressiven Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen und steigenden Steuersätzen für sehr hohe Vermögen einen Ansatz, der auf eine deutliche Umverteilung abzielt. Der DBSH unterstützt das Ziel, soziale Ungleichheiten zu reduzieren und zusätzliche Mittel für soziale Aufgaben zu generieren. Allerdings sollte bei der Ausgestaltung der Steuer darauf geachtet werden, dass mittelständische Unternehmen und Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.



Die FDP lehnt die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab. Sie argumentiert, dass eine solche Steuer eine Wohlstandsbremse darstellt und die Substanz von Unternehmen gefährdet. Zudem befürchtet die FDP, dass eine Vermögenssteuer zu einer Abwanderung von Vermögen ins Ausland führen könnte.



Die ablehnende Haltung der FDP gegenüber der Vermögenssteuer sieht der DBSH kritisch. Ohne eine angemessene Besteuerung großer Vermögen besteht die Gefahr, dass soziale Ungleichheiten weiter zunehmen und notwendige Mittel für soziale Dienstleistungen fehlen. Der DBSH plädiert für eine Steuerpolitik, die soziale Gerechtigkeit fördert und ausreichend Ressourcen für den Sozialstaat bereitstellt.



Die SPD plant, das Einkommen und Vermögen sehr reicher Bürger stärker zu besteuern. Neben höheren Steuersätzen für die höchsten Einkommen strebt die Partei eine gerechte Erbschaftssteuer, eine neue Vermögenssteuer und eine Reform der Schuldenregel an. Ziel ist es, dass etwa 95% der Steuerzahler durch eine Einkommenssteuersenkung finanziell entlastet werden. Bereits im Wahlprogramm 2021 hatte die SPD die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gefordert. Die Steuer soll nur sehr hohe Vermögen betreffen, mit einem einheitlichen Satz von einem Prozent und hohen persönlichen Freibeträgen, um die Belastung auf besonders Reiche zu konzentrieren. Die Betriebsgrundlagen sollen steuerfrei bleiben.



Der DBSH begrüßt die SPD Pläne sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker zu besteuern. Die vorgeschlagene Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen und einem moderaten Steuersatz von 1% zielt darauf ab, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicherzustellen. Wichtig ist, dass die Einnahmen aus dieser Steuer gezielt in soziale Dienstleistungen und die Unterstützung benachteiligter Gruppen fließen.